

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Bereich Steuern und Gebühren des Fachbereiches Finanzen der Stadt Lingen (Ems)

Vorwort

Die gegenüber der Stadt Lingen (Ems) abgabepflichtigen Personen sowie Unternehmen treten mit dem städtischen Fachdienst Kassen- und Steueramt - Bereich Steuern und Gebühren - früher oder später in Kontakt (Gewerbe-, Grund-, Hunde- und Vergnügungssteuer sowie Entwässerungs-, Regenwasser- und Straßenreinigungsgebühren). Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten zu abgabenrechtlichen Zwecken, soweit die Abgabenordnung und das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz unmittelbar oder mittelbar anzuwenden sind.

Wenn der Fachdienst Kassen- und Steueramt - Bereich Steuern und Gebühren - personenbezogene Daten verarbeitet, bedeutet das, dass wir diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln oder löschen.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Wer sind wir?

„Wir“ sind der Fachdienst Kassen- und Steueramt - Bereich Steuern und Gebühren - im Fachbereich Finanzen der Stadt Lingen (Ems) und für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu abgaberechtlichen Zwecken, soweit das Verfahren durch den Fachdienst Kassen- und Steueramt geführt wird, zuständig.

2. Verantwortlicher

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die:

Stadt Lingen (Ems)
Oberbürgermeister Dieter Krone
Elisabethstraße 14-16
49808 Lingen (Ems)
E-Mail: stadt@lingen.de
Telefon: 0591/9144-0

Datenschutzbeauftragte:

Stadt Lingen (Ems)
Elisabethstraße 14-16
49808 Lingen (Ems)
E-Mail: datenschutz@lingen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG), der Abgabenordnung (AO) sowie des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG).

Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Abs. 3 DS-GVO)

Zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe, die Abgaben nach den Vorschriften der Abgabenordnung, des Kommunalabgabengesetzes (KAG) sowie der einschlägigen Steuergesetze, der Zivilprozessordnung (ZPO) sowie kommunalen Satzungen gleichmäßig festzusetzen und zu erheben, benötigen wir personenbezogene Daten (§ 85 AO).

Ihre personenbezogenen Daten werden dabei in dem abgaberechtlichen Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden (§ 29 b AO). Nur in den gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen dürfen wir die zur Durchführung eines abgaberechtlichen Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeiten (§ 29 c AO).

Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DS-GVO)

Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Kontodaten im Rahmen eines SEPA-Lastschriftmandates oder für Erstattungen) erteilt wurde, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die von Ihnen erteilte Einwilligung. Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO).

Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DS-GVO)

Wir verarbeiten personenbezogene Daten auch zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten nach der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) bzw. der Abgabenordnung (Nähere Erläuterungen hierzu unter dem Punkt 7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten.)

4. Art der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten insbesondere (beispielhaft) folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Geburtsdatum und -ort, Familienstand, Adresse bzw. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse etc., Kassenzeichen, Bankverbindung, Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, sogenannte „sensible Daten“, erheben wir nur dann, wenn dies für das Abgabeverfahren erforderlich ist.

Ihre personenbezogenen Daten erheben wir bei Ihnen selbst, z. B. durch Abgabeerklärungen, Anträge o. ä.

Darüber hinaus erheben wir personenbezogene Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet oder befugt sind, wie z. B.:

Amtsgerichte (Handels-, Vereins- und Gewereregister, Grundbuch)
Bundeszentralregister
Einwohnermeldebehörden und Gewerbeämter
Finanzämter
Stadtwerke Lingen GmbH / Wasserverband Lingener Land

Außerdem erhalten wir abgabenrechtliche Informationen von anderen Landesfinanzbehörden oder im Wege des interkommunalen Informationsaustausches.

Können wir einen abgabenrelevanten Sachverhalt nicht mit Ihrer Hilfe aufklären, dürfen wir Sie betreffende personenbezogene Daten auch durch Nachfragen bei Dritten erheben.

Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen, z. B. aus öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen, verarbeiten.

5. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

Im Hinblick auf die Datenweitergabe unterliegen wir dem Steuergeheimnis gemäß § 30 AO.

Die von uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang mit § 30 AO sowie den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Dies sind z. B.:

- Gerichte
- Bundeszentralamt für Steuern
- Strafverfolgungsbehörden
- Behörden in den Ländern, z. B. Finanzämter
- andere Gemeinden zur Sicherstellung der korrekten Anmeldung von Hunden (Hundesteuer)

6. Art der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im weitgehend automationsgestützten Abgabeverfahren erfolgt zumeist in maschinellen Verfahren der Festsetzung und Erhebung der Abgaben und sonstigen Forderungen. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Veränderung, Vernichtung bzw. Verlust sowie gegen unbefugte Offenbarung oder unbefugten Zugang zu schützen.

Rechtsverbindliche Entscheidungen treffen wir nur dann auf der Grundlage einer „vollautomatischen“ Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, wenn dies gesetzlich zugelassen ist, z. B. für den „vollautomatischen“ Abgabenbescheid gemäß § 155 Abs. 4 AO.

7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies für das Abgabeverfahren erforderlich ist. Maßstab hierfür sind die abgabenrechtlichen Verjährungsfristen gemäß §§ 169 - 171 AO sowie §§ 228 - 232 AO.

Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten dürfen auch gespeichert werden, um sie für künftige abgabenrechtliche Verfahren zu verarbeiten (§ 88a AO, § 11 NKAG).

Des Weiteren werden Ihre Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß der Abgabenordnung bzw. Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung gespeichert. Die dort vorgegebenen Fristen betragen größtenteils bis zu 10 Jahre.

Ihre personenbezogenen Daten werden darüber hinaus, soweit dies erforderlich ist, auch aufgrund der gesetzlichen Verjährungsvorschriften gemäß des Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (NVwVfG) sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu 30 Jahre gespeichert.

8. Ihre Datenschutzrechte

Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung stehen jeder betroffenen Person in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruch zu.

Ein Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DS-GVO steht Ihnen uns gegenüber nicht zu, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 20 Abs. 3 DS-GVO).

Darüber hinaus können oder dürfen wir in einigen Fällen Ihrem Anliegen nicht entsprechen (§§ 32c bis 32f AO). Sofern dies zulässig ist, wird Ihnen in diesem Fall immer der Grund für die Verweigerung mitgeteilt.

Sie erhalten aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens eine Antwort. Sollte die Klärung länger als einen Monat beanspruchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.

Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) - h) DS-GVO genannten Informationen verlangen.

In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabenart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z. B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sollten die Sie betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben Sie das Recht, Berichtigung und Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Sie können eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist.

Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 DS-GVO), insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch

(siehe hierzu Punkt 3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung und Punkt 7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z. B. eine Löschung Ihrer Daten verhindern, weil Sie diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.

Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Sie haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z. B. zur Durchführung des Abgabeverfahrens).

Recht auf Beschwerde (Art. 77 DS-GVO)

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die EU-Datenschutz-Grundverordnung verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

für die **Realsteuern** (Gewerbsteuer und Grundsteuer):

Die/der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Straße 30
53117 Bonn
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

für alle übrigen Angelegenheiten:

Die/der Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Stand: 18.05.2020